

TalibanARBED sprengt Kulturgüter

Es sollen rein sicherheitstechnische Ursachen gewesen sein, die die Arbed dazu bewegt haben, die drei Kühltürme auf "Terre Rouges" in die Luft zu jagen. Abgesehen davon, dass nach Ansicht der Escher Gemeindeoberen die erforderlichen Genehmigungen nicht vorlagen, ist fragwürdig, ob die Türme wirklich so gefährlich waren, wie die Arbed behauptet. In Rahmen einer Überprüfung vor längerer Zeit seitens der Dienststellen der Stadt Esch, war den Türmen genügende Stabilität im Rahmen einer weiteren Verwendung zu kulturellen Zwecken eingestanden worden. Und im September sollten sie ohnehin als schützenswerte Denkmäler eingestuft werden. Vielleicht bestand gerade darin die größte Gefahr für die Arbed, die dann auf ihrem Territorium nicht mehr hätte schalten und walten können wie sie wollte.

Ratzfatz exkommuniziert

Die sieben katholischen Frauen, die sich vor rund fünf Wochen zu Priesterinnen haben weihen lassen, sind vom Kardinal Josph Ratzinger aus der Kirchengemeinschaft ausgeschlossen worden. Die feierliche Weihe, die der von Rom nicht anerkannte Bischof Romulo Antonio Braschi Ende Juli auf einem Donauschiff in Österreich vollzogen hatte, war in der Kirche auf heftigen Widerstand gestoßen.

In Luxemburg hatten sich Vertreterinnen der Diözesan-Kommission "Fra an der Kierch" gegenüber dem Magazin "Revue" ebenfalls negativ gegenüber der umstrittenen Aktion ihrer abtrünnigen "Schwestern" geäußert. Es gehe ihnen nicht darum, unbedingt das zu tun, was die Männer machen, so die Reaktion der bescheidenen Luxemburgerinnen. Und obwohl die Hoffnung besteht, eines Tages vielleicht doch Frauen im Priesteramt vorzufinden, die "Fra an der Kierch" blieben lieber defensiv. In der "Revue" heißt es dazu: Man sollte "die Dinge nicht Teufel komm raus übers Knie brechen". Schließlich sei von einer 2.000 Jahre alten Institution nicht zu erwarten, "dass sie direkt auf den Zug der Emanzipation mit aufspringe". So viel weibliche Absolution wird die Herren der Schöpfung, äh, der Kirche sicher freuen ...

Punker-Haft wirft Fragen auf

Wie die Tageszeitung "journal" berichtete, mussten zehn Luxemburger PunkerInnen das Wochenende, das sie eigentlich auf den Münchener Chaos-Tagen verbringen wollten, unter Polizeigewahrsam in so genannter Vorbeugehaft verbringen. Der "woxx" liegen Informationen vor, wonach der Einsatz der Luxemburger Botschaft in Berlin zunächst nichts brachte. Nachdem die Jugendlichen (unter ihnen auch Minderjährige) freitagmorgens eingelocht worden waren, gab sich die Münchener Polizei unbeeindruckt durch Fax und Telefonate von Seiten der Botschaft. Ein Luxemburger Parlamentsmitglied, das telefonisch intervenierte, bekam zur Antwort: "Das ist richterlicher Beschluss, da gibt's nichts dran zu rütteln. Die bleiben bis Montagmorgen hier." Auskunft über den Namen des Richters, der den Beschluss getroffen hatte, wurde ebenfalls verweigert, denn "am Telefon beantworten wir nix". Der Honorarkonsul für Luxemburg in München, der Einzige, der in Person hätte vorstellig werden können, war bis Samstagvormittag unauffindbar. Erst durch den persönlichen Einsatz eines Feiertag-Journalisten gelang es, an die Privatnummer des stellvertretenden Luxemburger Außenministers zu gelangen. Der sorgte dann für den nötigen diplomatischen Druck, um auch die Münchener Polizei in Zugzwang zu bringen.

Inwieweit Vorbeugehaft von vier Tagen, unter anderem für Minderjährige, mit den Menschenrechten vereinbar ist, darüber darf spekuliert werden. Auf jeden Fall ist Freiheitsentzug besonders für junge Leute ein schwerwiegender Eingriff, der erwiesenermaßen psychologische Spuren hinterlässt. Darüber hinaus wirft der Fall aber auch die Frage nach der Effizienz des Luxemburger Außenministeriums und des diplomatischen Korps auf. Fazit: Polizeikontakt im Ausland ist an Sommerwochenenden zu vermeiden, besonders in Bayern.

DROGEN**Verelendung im Wohlstandsland**

In Luxemburg, Spitzenreiter bei den Drogentoten und Drogenabhängigen, übersteigt die Nachfrage nach Betreuung das Angebot.



(ag) - Im Großherzogtum Luxemburg sind in den vergangenen Jahren prozentual mehr Menschen an einer Überdosis Rauschgift gestorben als in den meisten anderen EU-Ländern. Dies geht aus einer Studie von Alain Origer, Drogenkoordinator der "Direction de la Santé", und Hélène Delucci vom "Centre de Recherche Public - Santé" hervor (siehe auch woxx Nr. 651). Im Jahr 2000 gab es 26 Opfer. Mit 5,97 Fällen pro 100.000 Einwohner sind es mehr als doppelt so viele wie in Griechenland (2,8 Fälle) oder in Österreich (2,06 Fälle).

Aufgrund der niedrigen absoluten Zahlen sind Aussagen über eine Entwicklung innerhalb Luxemburgs schwierig. Aufschlussreicher ist die Anzahl der so genannten "problematischen Konsumenten von Substanzen gehobenen Risikos" (HRC). Die Anzahl dieser Personen ist zwischen 1997 und 2000 von 2.100 auf 2.450 gestiegen, wie aus einer anderen Studie Origers hervorgeht.

Für die vergleichsweise hohen Zahlen in Luxemburg lassen sich viele Gründe finden. "Hier haben viele Leute genug Geld, um sich Drogen zu kaufen, und es ist leicht, an sie zu kommen, denn jeder kennt jeden", sagt ein ehemaliger Heroinabhängiger und Besucher der "Stëmm vun der Strooss". Dennoch lassen sich die Gründe für Abhängigkeit nicht maßgeblich im Wohlstand suchen. Ein gutes soziales Netz und materielle Absicherung

schützen eher vor Abhängigkeit und insbesondere vor Verelendung. Henri Grün, Direktor der "Jugend- an Drogenhëllef", charakterisiert die Mehrzahl der Abhängigen, mit denen seine Einrichtung zu tun hat, als "abhängig aus Armut". Unter den Drogenabhängigen gebe es beispielsweise viele ausländische Jugendliche und SchulabrecherInnen.

Laut Studien ist ein Zuwachs an jungen HRCs zu verzeichnen, insbesondere junger Frauen. Letztere entwickeln tendenziell schneller eine physische Abhängigkeit und werden häufiger als Männer nach einer kurzen Drogenkarriere Opfer einer Überdosis. Für junge KonsumentInnen scheint die Gefahr einer Überdosis aufgrund der geringeren Erfahrung besonders hoch zu sein.

Viele Tode könnten verhindert werden

"Mit der Komplexität der Lebenszusammenhänge sind die Anforderungen an die seelische Gesundheit Jugendlicher gestiegen, das stellt einen Risikofaktor für Abhängigkeit dar", sagt Grün. Einen weiteren Grund sieht er in der "Ideologie, mit Chemie jeden Gefühlszustand erreichen zu können". Experten sind der Meinung, dass in der gesamten Gesellschaft ein Einstellungswandel im Umgang mit Drogen und Medikamenten zu verzeichnen ist. "Der Trend zum immer

schnelleren Konsum zeigt sich in der Szene darin, Heroin mit anderen Substanzen zu kombinieren", erklärt Tom Schlechter von "Abrigado".

Möglichkeiten, die Anzahl der Todesopfer zu reduzieren, gibt es viele. Einige von ihnen setzen direkt an der Situation an. Nach Angaben Grüns sind 38 Prozent der Opfer nicht allein, und würde die anwesende Person sofort einen Arzt rufen, könnte der Tod in vielen Fällen verhindert werden. Aber die Angst vor der Polizei besteht trotz der Möglichkeit eines Straferlasses. "Aufklärung der Abhängigen aber auch die Diskussion zwischen den Institutionen über das Vorgehen in solchen Fällen, könnten Abhilfe schaffen", sagt Grün. Einrichtungen wie "Abrigado" und "Jugend- an Drogenhëllef" leisten Informationsarbeit über die Vermeidung der größten Risikofaktoren beim Konsum. "Abrigado" bietet darüber hinaus spezifische Erste-Hilfe-Kurse für DrogenkonsumentInnen an.

Bedarf besteht an konkreten Angeboten wie Schlafplätzen und einer Fixerstube, die in Luxemburg für Herbst 2003 geplant ist, vor allem aber an sozialer Betreuung. "Die Zahl der Leute erlaubt es nicht mehr, sich näher mit ihnen zu beschäftigen. Hätten wir mehr Zeit, könnte vieles verhindert werden", sagt Schlechter. Auch für den Ausstieg decken die Angebote nicht die Nachfrage. "Es sollte mehr Entzugsplätze und Wiedereingliederungsmaßnahmen, wie geschützte Arbeitsplätze geben. Vor allem müssten die Sachen umgesetzt werden, die geplant sind", fordert Grün.

ELECTIONS**Solutions en surface**

L'avis du Conseil d'Etat étant publié, les travaux parlementaires sur la réforme de la loi électorale peuvent commencer. Mais à l'aube du nouveau millénaire, on se contente de quelques réformettes.

(rw) - "La nouvelle loi modifiera de fond en comble l'ancienne loi électorale" - c'est l'appréciation du Conseil d'Etat dans l'avis qu'il vient d'émettre par rapport à la réforme annoncée de la loi électorale de 1924. Appréciation étonnante à plus d'un égard: le projet de loi que le gouvernement avait déposé en décembre dernier ne touche en rien aux principes du système électoral luxembourgeois: pas de mise en cause du panachage, du droit de vote obligatoire ou de la division en quatre circonscriptions, pas d'abolition des restrictions en matière de la participation des personnes non luxembourgeoises aux conseils échevinaux. Les points essentiels de la loi Wolter se réduisent à l'élargissement du droit de vote actif aux non-communautaires lors des élections communales et la simplification des procédures de ces mêmes élections (abolition du ballottage et des sections).

Si le Conseil d'Etat juge cette approche comme révolutionnaire, c'est peut-être parce que l'organe de contrôle a lui-même une vue plutôt conservatrice dans ce domaine. Sur plus de cent pages, le Conseil d'Etat joue le jeu du gouvernement en se penchant longuement sur les aspects plus techniques des procédures électorales. Quant au fond, il se dit d'accord avec le maintien du

droit de vote obligatoire (et même avec son extension jusqu'à l'âge de 75 ans), le panachage et la durée minimale de résidence de cinq ans pour les étrangers.

Les critiques les plus intéressantes sont de quatre. L'une concerne la désignation de candidat-e-s ayant obtenu égalité de voix. Le Conseil d'Etat, notant que le gouvernement veut remplacer le principe de la primauté de l'âge par celui du tirage au sort, recommande de réfléchir sur un système "basé sur le sexe des candidats à départager, dans ce sens que si la parité entre hommes et femmes n'est pas atteinte parmi les intéressés, préférence sera donnée au candidat du sexe sous-représenté". Mais il s'abstient cependant de faire une proposition de texte à cet égard.

A quand une loi sur les partis?

Une deuxième critique, plus concrète, concerne le remboursement des frais de campagnes électorales aux partis politiques. Discrètement, le gouvernement a glissé dans le texte de son projet celui d'une loi votée en janvier 1999, tout juste avant les dernières élections législatives. En procédant ainsi, le gouvernement semble vouloir se défaire d'un dossier épineux: celui de la reconnaissance des partis. Le Conseil d'Etat qui avait déjà critiqué la procédure expéditive de 1999, "demande que la matière du financement des campagnes électorales, com-

plètement étrangère à celle des opérations électorales, reste confinée dans une loi spéciale" et "insiste pour que soit entamé enfin l'effort en vue de trouver une définition plus générale et plus complète des partis politiques capable de les ancrer fermement dans le régime institutionnel luxembourgeois".

Très audacieux, l'honorable organe propose ensuite que le partenariat civil "qui sera prochainement reconnu légalement" soit ajouté aux liens de parenté qui peuvent produire des empêchements dans certaines fonctions. Et enfin, il proteste fermement contre le fait que le gouvernement ne veut autoriser le droit de vote communal des non communautaires que pour les élections de 2017 (voir woxx n° 652).

Le même jour qu'il a émis son avis sur le projet gouvernemental, le Conseil d'Etat a également donné son avis quant à huit propositions de loi bien plus courageuses que celles du gouvernement: sur la séparation temporelle des élections nationales et européennes, sur l'introduction du vote par liste pour les élections européennes, sur une représentation paritaire entre hommes et femmes ou encore sur le vote par internet ... L'avis du Conseil d'Etat est des plus brefs: puisque le gouvernement "ne s'est pas prononcé explicitement sur les différentes propositions", le Conseil d'Etat ne le fait pas non plus.